



MAIK SCHWARZ STARTET FÜR UNS IN DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Am 22. Oktober, wählten die LINKEN im Vogtland ihren Direktkandidaten für die Bundestagswahl im nächsten Jahr.

Dabei konnte sich Maik Schwarz auf der Wahlversammlung in Plauen gegen vier Mitbewerber durchsetzen. Der 30-jährige Plauener Verwaltungsfachan-

gestellte, will sich für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Mitbestimmungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger einsetzen, direkte Demokratie steht für ihn dabei an erster Stelle.

Nach seiner Wahl bemerkte Maik Schwarz: „Sich gegen so gut qualifizierte Mitbewerber durchzusetzen, war

nicht einfach. Nun bleibt mir ein knappes Jahr, die Menschen im Vogtland davon zu überzeugen, dass es nur eine Chance gibt, dass Land zum Besseren zu verändern und dem Vogtland in Berlin eine soziale Stimme zu geben, in dem man mit zwei Stimmen DIE LINKE wählt.“

aus dem	Wo brennt es im Alltag?.....	S. 2
Inhalt:	Statt Verboten - Ursachen bekämpfen.....	S. 5
	"Sozialgesetzverschärfung" in Kraft.....	S. 6
	Briefe.....	S. 7

DIE LINKE.



Unsere Parteivorsitzenden rufen uns in einem Brief vom September zur Mitarbeit am Programm für die Bundestagswahl 2017 auf.

Die Bundestagswahl wird auch eine Entscheidung darüber sein, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft entwickelt: noch weiter nach rechts in Richtung Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung, Rassenhass, den Boden für brennende Flüchtlingsheime und Verachtung alles Fremden bereitend, oder einen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Offenheit, Solidarität und menschlicher Wärme!

"Für uns steht am Anfang: Wo brennt es im Alltag? Wir wollen mit den Leuten sprechen." heißt es im Brief von Katja und Bernd. In der Tat: ohne dieses Wissen ist keine realistische Politik möglich. Allerdings: wer Facebook liest, auf Leute in Wartezimmern, beim Friseur, in Supermärkten hört oder an Wahlkampfständen auf die Leute zugegangen ist, weiß, dass diese Gespräche auch verdammt weh tun können: Es ist nicht nur eine kleine Minderheit, die ihren geringen Wohlstand durch Geflüchtete bedroht sieht und deren Ausweisung fordert, zurück ins Bürgerkriegsland oder in die afrikanische Steppe, wo es an Trinkwasser und Nahrung mangelt. Sie beunruhigt nicht, dass auch wir Deutsche einen Anteil am Leerfischen der Meere, an der Vernichtung ihrer Landwirtschaft und an tödender Klimaveränderung haben. Bilder sterbender Menschen im Mittelmeer verdrängen viele. "Woher diese Kälte?" fragte schon Bertolt Brecht zum Verhalten von Menschen in kapitalistischen Verhältnissen.

Viele unserer Genossinnen und Genossen haben Geflüchteten geholfen und helfen noch immer. Aber in unserer Partei werden auch Auffassungen vertreten, die sich von denen vieler

Nichtgenossen wenig unterscheiden. Dabei sollten alle unsere Mitglieder zu denen gehören, die für Verständnis und Menschlichkeit werben. DIE LINKE und ihre Vorgängerparteien haben sich immer als Partei der internationalen Solidarität begriffen, "DIE LINKE fordert die Achtung von Völkerrecht und Menschenrechten" heißt es auch in unserem Erfurter Parteiprogramm. Andererseits wird in Papieren unserer Partei zunehmend als höchstes Ideal des Sozialismus die individuelle Freiheit entdeckt. Das spiegelt sich auch zum Beispiel in der aktuellen Diskussion zum Bedingungslosen Grundeinkommen wider: Es wird gefragt "Wie möchtest du leben?", "Was wäre für dich gut?" Dabei müsste die Frage doch lauten: "Wie wollen wir zusammen leben?" oder noch besser "Wie wollen wir unser Zusammenleben organisieren?"

In früheren Parteiprogrammen wurde Sozialismus als Einheit von Ziel, Weg und Wertebewusstsein verstanden. Warum sprechen wir heute so wenig über sozialistische Werte, wo doch Werte zu den wichtigsten Grundlagen des Zusammenlebens von Menschen gehören? Werte wie Solidarität, Fürsorge, Mitmenschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Anstand? Könnten sie uns heute helfen, uns in einer Zeit der Globalisierung als Teil dieser einen Welt zu begreifen und Geflüchtete willkommen zu heißen? Könnten sie uns Kraft geben, Anforderungen und voraussehbare Schwierigkeiten ihrer Integration zu bewältigen und damit der Gefahr entgegenzuwirken, dass sie sich radikalisieren? Wäre diese Diskussion über Solidarität und sozialistische Werte ein notwendiger Beitrag für die Entwicklung unseres Programms zur Bundestagswahl?

Dr. Dorothea Wolff

DANKE!

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem ich die Ereignisse unserer Kreiswahlversammlung sacken lassen habe, möchte ich auf diesem Weg noch einmal Danke sagen. Danke für den erneuten Vertrauensvorschuss und für die Chance euch/uns im Bundestagswahlkampf zu vertreten.

Diesen werde ich natürlich nicht allein stemmen können. Ich werde mir ein kleines Team zusammensuchen und mit diesem zusammen hoffentlich viel von dem Feuer verbreiten können, von dem ich in meiner Rede sprach. Ich brauche aber von euch allen ein Stück Hilfe. Ich bin letztlich nur ein Medium das unsere/eure Themen in die Bevölkerung trägt. Ich würde mich freuen, wenn ihr mir eure Sorgen und Themen zukommen lasst. Ich werde versuchen, diese anzusprechen. Außerdem bitte ich euch, weiterhin selbst aktiv zu sein und zu zeigen, dass die Menschen im Vogtland sich auf uns LINKE verlassen können. Wir sind Kümmerer und die laute Stimme des kleinen Mannes beim Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Teilhabe aller Menschen.

Keiner soll zurückgelassen werden oder sich auch nur so fühlen. Alle sollen spüren, dass ein Politikwechsel möglich ist. Einer der die Menschen wieder mitnimmt und ihre Sorgen ernst nimmt. Genossinnen und Genossen, lasst uns eine kleine Revolution starten. Wie ich in meiner Rede auf der Versammlung schon sagte: „Die Macht gehört wieder in die Hände der Menschen und nicht mehr in die Hände des Großkapitals“. Packen wirs an, gemeinsam, solidarisch, sozialistisch.

*Euer Bundestagsdirektkandidat 2017
Maik Schwarz*



© Katrin Pritscha

JEDE WAFFE FINDET IHREN KRIEG

Vortrag von MdB Michael Leutert zum Rüstungshaushalt der Bundesrepublik

Gleich zu Beginn seines Vortrages betonte Michael Leutert, unser Haushaltsexperte im Bundestag, dass 55 % des Bundeshaushaltes für soziale Zwecke eingesetzt werden. Über die Verteilung gibt es Meinungsverschiedenheiten mit den anderen Fraktionen, aber grundsätzlich unterstützen wir LINKEN diesen Ansatz. Allerdings klafft eine gewaltige Lücke zwischen den Ausgaben des Verteidigungsministeriums (36,6 Mrd. €) und denen für Entwicklungshilfe (8 Mrd. €). Auch liegen die deutschen Verteidigungsausgaben trotz der enormen Summe und einer neuerlichen, personalbedingten Steigerung um 3,5 Mrd. €, deutlich unter der Nato-Quote von 2 % des Bruttoinlandsproduktes. An dieser Stelle stellt sich allerdings die Frage, wie Sicherheit in Europa generell hergestellt werden kann.

So einfach wie wir es uns machen, indem wir sagen „Rüstungsexporte verbieten!“ ist es nämlich nicht. Seit die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt wurde, wird auch weniger Ausrüstung gebraucht und damit geraten Arbeitsplätze in Gefahr. Dabei ist es eine durchaus legitime und vernünftige Forderung, die auch Michael Leutert unterstützt. Allerdings bittet er darum, auch die Folgen zu bedenken. Schon jetzt kann die Bundeswehr die Bundesrepublik nicht mehr verteidigen, im Ausland kann sie maximal zwei Monate durchhalten. Wenn Rüstungsexporte ganz verboten werden, haben die Soldaten bald gar keine Ausrüstung mehr. Und eine Armee ohne Material brauchen wir nicht.

Es wäre leichter, wenn auch andere unsere Ansicht teilen, dass kein Kon-

flikt militärisch lösbar ist. Trotzdem kann die Welt nur dann sicherer werden, wenn der Rüstungsindustrie – und dazu zählen nicht nur die Herstellung von Waffen, sondern auch von Grenzanlagen, Sensor-Technik, Schulungen und Ausbildung – neue Geschäftsfelder eröffnet werden.

Im zweiten Teil seines Vortrages lenkte Michael Leutert seinen Blick noch auf eine ganz neue Bedrohung: Cyber-Attacken. Das Internet hat bekanntlich keine Grenzen und es bietet völlig neue Angriffsmöglichkeiten. Allein 2015 wurden 98.000 Vorstöße registriert. Das bedeutet, dass eine völlig neue Teilstreitkraft benötigt wird. Diese befindet sich gerade im Aufbau, allerdings tut sich da schon ein neues Problem auf. Die Bundeswehr ist eine

„Parlaments-Armee“, das heißt, jeder Einsatz muss durch das Parlament beschlossen werden. Doch wie will man einen Beschluss bei einer Cyberattacke herbeiführen? Sinnvoll wäre es daher, diese Einheit dem Innenministerium zuzuordnen. Das wiederum käme einem Bundeswehreinsatz im Inneren gleich, den wir nach wie vor und aus gutem Grund ablehnen.

In der anschließenden Diskussion wurde der Blick auch noch mal auf die Entwicklungshilfe gelenkt. Auch hier lohnt es sich durchaus, genauer hinzuschauen. Denn, so Michael Leutert: „Wir müssen nicht in Landwirtschaft investieren, wenn wir gleichzeitig unsere Lebensmittel dorthin schicken.“

Katrin Pritscha

DIE KREISTAGFRAKTION INFORMIERT

Antrag zur Bildung eines Migrantinnen- und Migrantenbeirates

Wir möchten, dass auf Ebene des Kreises für alle Bürger des Landkreises mit Migrationshintergrund (nicht nur Asylbewerber) eine Möglichkeit des individuellen Informationsaustausches und der Mitsprache geschaffen wird. Miteinander reden, nicht über einander und Lösungen suchen. Der örtlichen Presse wurde in der ersten Dekade September 2016 eine Pressemitteilung zugestellt.

Der Landrat lehnte den Antrag ab, mit der Begründung, das sei alles auf Verwaltungsebene bereits abgesichert. Zum Kreistag am 20.10.2016 begründete die Fraktionsvorsitzende Waltraud

Klarner den Standpunkt der Fraktion und stellte Forderungen zur weiteren Untersetzung der Antragsablehnung.

Der Antrag unserer Fraktion ist damit vorerst auf den nächsten Kreistag verschoben, ggf. fordern wir die Abstimmung.

In der Diskussion wurden von anderen Parteien weitere Anträge gestellt, die zum Teil unsere Forderungen unterstützen. Nun ist der Landrat in der Pflicht.

Martin Mailach

KITA GEBÜHREN HOCH, LEISTUNGEN RUNTER?!

Wenn es nach dem Willen der Stadt Plauen geht, sollen die Elternbeiträge für Kindereinrichtungen in Plauen ab dem 01.01.2017 erneut angehoben werden. Das bedeutet eine Erhöhung um knapp 52 € für einen Krippenplatz, 46 € für einen Kindergartenplatz und ca. 17 € für den Hortplatz pro Jahr. Dass die letzte Steigerung der Gebühren noch nicht mal ein halbes Jahr alt ist, begründet die Stadtverwaltung damit, dass mit der neuen Elternbeitragsatzung vom 17.11.15 eine jährliche Anpassung an die Personal- und Sachkosten möglich ist.

Stadtrat Andre Hegel fordert deshalb: „Ein Ende der Versuche, den Haushalt

der Stadt Plauen auf Kosten der Kinder und ihrer Eltern zu konsolidieren.“ „Wenn wir die Gebühren weiter erhöhen oder Öffnungszeiten in den Einrichtungen reduzieren, sparen wir an unseren Kindern und damit auch an unserer Zukunft.“ so Maik Schwarz, stellv. Stadtvorsitzender und selber Vater. Hier wird an der falschen Stelle gespart. Wir, DIE LINKE, werden uns gegen die erneute Gebührenerhöhung oder Reduzierung der Öffnungszeiten einsetzen.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE wird diese Verwaltungsvorlage ablehnen.

Petra Rank

DIE ALTE GESCHICHTE VON DER REIFEN FRUCHT

Vortrag über amerikanisch-kubanische Beziehungen

Als Raúl Castro und Barack Obama 2014 zeitgleich in Fernsehansprachen erklären, die Beziehungen zwischen Kuba und den USA verbessern zu wollen, sitzt die Berliner AG Cuba Sí gerade bei ihrer wöchentlichen Beratung zusammen. „Besser hätte es kein Drehbuchautor schreiben können. Eine Solidaritätsbewegung sitzt bei ihrer wöchentlichen Beratung, und dann kommt diese historische Meldung.“ begann Referent Jörg Rückmann, Koordinator der AG Cuba Sí, seinen Vortrag, zu dem sich eine Hand voll Interessierte am 12.10. in der „Alten Feuerwache“ in Plauen eingefunden hatten.

Nach einer guten Stunde endete ein kurzweiliger und interessanter Vortrag über die Geschichte Kubas. Eine Geschichte, welche über Jahrhunderte geprägt war durch Blutvergießen und einen Machtanspruch des großen Nachbarn. Doch auch in den letzten 26 Jahren seit dem Zusammenbruch des Ostblockes hat sich auf der Karibikinsel eines getan: Anfang der 1990er brachen dem sozialistischen Land wichtige Handelspartner weg, Medikamente wurden knapp und mussten von Hilfsorganisationen, wie Cuba Sí, zusammen getragen werden.

Dies hat sich inzwischen geändert. Inzwischen sind die hochwertigen, in Kuba hergestellten, Medikamente ein wichtiger Devisenbringer. Die außenpolitischen Beziehungen zu China, Russland und einigen afrikanischen Staaten verbessern sich seit 2008 ständig und eine Sonderwirtschaftszone im Land erleichtert den Handel. Doch es gibt auch Schattenseiten: zum Beispiel die Papierindustrie Kubas kauft bis heute wichtige Rohstoffe zu.

Diese Entwicklungen haben auch die Arbeit der Solidaritätsbewegung verändert. Während in den 1990ern wirtschaftliche Hilfe in Größenordnung notwendig war, sind es heute wieder die politischen Erfahrungen und das Aufklären über die Situation in Kuba, welche in den Vordergrund rücken. Genau auch diese Arbeit leistet die AG Cuba Sí. „Wir müssen Kuba helfen, damit eine gesellschaftliche Alternative sichtbar bleibt.“ schloss Jörg Rückmann seinen Vortrag.

Wer Interesse hat, kann sich bei der AG in der Region oder in der Kreisgeschäftsstelle melden.

Lars Legath

NEIES VON DAR META

Ne Donnerstooch woar des scheene Herbstwetter vorbei un de Meta hott iehrn Wintermantel aus ne Schrank geholt un iehrn neie Hut aufgesetzt, denn iehr Maa dar Meta zen Geburtstooch geschenkt hott.

Su isse dann frieh um Zehne miet dar Vuuchtlandbahn ze iehrer Plauschen Freindin gefahrn. Die zwee altn Weible hamm siech glei im Café getroffn. Nooch dem se siech e Kännel Kaffee un nen Windbeutel miet Schlachsahne gegennt hamm, froocht de Meta de Neideiteln: „Nu, woas issn los bei eich in Plau?e?“

„Unnern Stadtrat fällt nischt weiter ei, als alle halbe Goahr de Beiträch fier die Kita, de Krippe un nen Hort zu erhöhe. Hamm se doch erscht im Mai den gunge Leit'n kräftisch nei de Tasch gelangt, so gett dess Theater itze schaa widder los un se wolln von de Eltern fier Krippe un Kinnergart'n im Goahr fuffzich Euro mehr hamm. Wo dess allein erziehende Muttis un sozial schwache Familien miet iehrn Mindestlohn herbringe selln, do darnooch froocht kaa Sau!“

„Dess is traurisch aber wahr!“ soocht de Meta, „manche von dennen, deren Kinner good Erziehungs- un Lernhilfe braung, lessen iehre Kinner dahamm weils Geld net langt. Woas aus dennen dann moll werd, siehste ja auf eiern Postplatz, wo de Juchend seift, ieberall hie saacht, miet Drogen handelt und Schlächereien aafängt, weil se net wissen, wie se de Zeit rumbränge solln!“

Dieter Riedler

STATT VERBOTEN - URSACHEN BEKÄMPFEN

zu den Forderungen der CDU nach Alkoholverbot und Videoüberwachung in Plauen

Als Reaktion auf verschiedene Situationen rund um den Plauener Tunnel, fordert die CDU nun ein Alkoholverbot und Videoüberwachung in der Innenstadt. Immer wieder flammen solche Debatten auf. Zu diesen Plänen erklärt Lars Legath für die Linksjugend [solid] Vogtland:

"Wir finden es gestern, wie heute, völlig unverständlich und realitätsfremd, solche Forderungen, nach einem Alkoholverbot und Videoüberwachung am Tunnel, zu stellen. Doch vielleicht zeugt diese Forderung der Plauener CDU eher davon, dass man kein Interesse an einer Lösung der Ursachen hat, sondern viel eher mit Stammtischparolen Stimmung machen möchte.

Reiner Populismus – mehr nicht. Was würde denn ein Alkoholverbot z.B. am Postplatz bringen? Würde die Zahl an Alkoholkranken abnehmen? Würde es weniger Probleme mit betrunkenen Personen geben? Wohl kaum! Bestehende Probleme würden nur verlagert werden – von der Innenstadt in die einzelnen Stadtteile oder hinter verschlossene Türen. Des Weiteren teilt ein Alkoholverbot die Stadtgesellschaft in zwei Klassen. Die einen können es sich leisten, ihr Bier legal im Biergarten zu trinken, wer dafür kein Geld hat, dem würde es verwehrt bleiben sein Bier in der Innenstadt zu trinken.

Ebenfalls nicht zielführend ist die Forderung nach mehr Videoüberwachung.

Zahlreiche Studien belegen, dass Videoüberwachungen keine Straftaten verhindern, sondern nur alle Menschen unter Generalverdacht stellt.

Anstatt auf Repression und eine Law-and-Order-Politik zu setzen, sollte im gesamten Vogtlandkreis endlich die Mobile Jugendarbeit und Suchtberatung finanziell besser aufgestellt werden, denn präventiv arbeiten bringt langfristig gesehen wesentlich mehr."

Wir als Linksjugend finden: Freiheit stirbt mit Sicherheit – und zur individuellen Freiheit gehört eben auch, sich in der Innenstadt ein Bier zu gönnen und dabei nicht gefilmt zu werden!

ZUKUNFTSORIENTIERTE VORSCHLÄGE!

und kein "linkes Geplärre"

In der Freien Presse vom 12. Oktober wurde eine Lesermeinung veröffentlicht, in welcher der Linksjugend [solid] Vogtland „linkes Geplärre“ und ein verschlossener Blick für die betroffene Gruppe vorgeworfen wurde.

Zu diesem Leserkommentar und den Vorschlägen, erneut einen privaten Sicherheitsdienst einrichten zu wollen, erklärt Lars Legath für die Linksjugend Vogtland:

„Uns als Linksjugend ist es natürlich nicht entgangen, dass viele derer, die sich in der Stadt „daneben benehmen“ Menschen sind, die nicht mehr in den Arbeitsbereich der Jugendarbeit fallen. Aus diesem Grund fordern wir unter anderem auch eine Aufstockung der Suchtberatung. Diesen Menschen muss geholfen werden und sie dürfen

nicht weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Keiner von uns sollte voreilig über diese Menschen urteilen, ohne den wirklichen Grund ihres Verhaltens zu kennen.

Des Weiteren waren bereits mehrfach die Vorschläge der LINKEN, deren Jugendverband wir sind, zu lesen. Seit Jahren fordert diese auf Landesebene eine Aufstockung der Stellen bei der Polizei und der Suchtberatungsstellen. In der aktuellen Debatte, war es die Linksfraktion im Stadtrat, welche den ersten konkreten und umsetzbaren Vorschlag für eine kurzfristige Lösung machte.

Jedoch ist es als Jugendverband unsere Aufgabe, den Blick auf die jungen Menschen und deren Zukunft zu haben. Genau deshalb setzen wir auf

langfristige Lösungen und nicht auf die Vertreibung einzelner, ungewollter Gruppen aus der Innenstadt, so wie es bereits vor einigen Jahren mit einem privaten Sicherheitsdienst als Streife versucht wurde.“

Bereits in der Diskussion um Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes in der Innenstadt, hatte Lars Legath, damals noch als Stadtrat, den Oberbürgermeister aufgefordert, mehr Personal im Ordnungsamt einzustellen und damit diese unsägliche Maßnahme zu beenden. Der Oberbürgermeister hat dies mit einem Lächeln und der Begründung leerer Kassen als unmögliche Lösung abgelehnt. Wir hätten uns viel Ärger ersparen können, hätte er damals auf einen Vorschlag der LINKEN gehört!



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
15. November 2016

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

"SOZIALGESETZVERSCHÄRFUNG" IN KRAFT

Starke Zweifel an der Verfassungskonformität des SGB II

Nach dem endgültigen Inkrafttreten des "Vereinfachungsgesetzes" für das Sozialgesetzbuch (SGB) II am 1. August hat das Bürgerforum seine interessierten Besucher umfassend dazu informiert. Aus der Veranstaltung am 12. September besonders zu erwähnen sind folgende Aufbesserungen, ungenutzte Chancen für eine wirkliche Vereinfachung und Verschärfungen.

Entlastend für viele Betroffene und für die Jobcenter ist, dass ein Weiterbewilligungsantrag auf Arbeitslosengeld II im Allgemeinen nun nicht mehr nach sechs sondern nach zwölf Monaten gestellt werden muss. Ebenso brauchen sich Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft, wie z.B. Schüler, nicht mehr zwangsläufig bei Arbeitsunfähigkeit persönlich im Jobcenter abmelden. Dieser Meldepflicht unterliegen nun nur diejenigen, die Bemühungen zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit erfüllen müssen und deren Eingliederungsvereinbarung diese Klausel enthält.

Als in den Ansätzen positiv zu bewerten ist, dass nun Auszubildende, Studentinnen und Studenten, die bisher vom ALG II-Bezug grundsätzlich ausgeschlossen wurden, ein Anrecht darauf haben könnten. Ein komplizierendes Ausnahmeregelungssystem sorgt dafür, dass von dieser Verbesserung nicht alle profitieren. Dies betrifft u.a. Uni- und Hochschulstudenten, die zwar BAföG-berechtigt sind, aber nicht mehr bei den Eltern wohnen können, da sich die Universität oder Hochschule nicht im Tagespendelbereich befindet. Ihre BAföG-berechtigten Kommilitonen hingegen, die weiterhin zu Hause bei ihren Eltern wohnen können, haben Anrecht auf ALG II.

Absolut zu verachten ist, dass getrennt lebende Eltern für die Erfüllung der Umgangspflicht mit ihrem Kind keinen

Mehrbedarf erwarten können, welcher den aus dem wechselseitigen Umgang entstehenden zusätzlichen Aufwand deckt. Durch Proteste konnte wenigstens verhindert werden, dass bei Wahrnehmung des Umgangs indirekt sanktioniert wird. Geplant war zwischenzeitlich dem sorgeberechtigten Elternteil für diese Zeiten anteilig das Geld zu streichen.

Dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen einen Verwaltungsakt keine aufschiebende Wirkung mehr haben, selbst wenn das Gericht Aufschub der Leistungseinstellung anerkennen würde, wie es bislang möglich war, schwächt die Rechtsposition der Betroffenen erheblich. Die Einstellung der Hartz IV-Leistung kann also mit sofortiger Wirkung vollzogen werden.

Die härteren Extrasanktionen für unter 25-Jährige bleiben ebenso erhalten wie die gestuften Kürzungen mit 60 % bei der zweiten und Leistungseinstellung bei der dritten Pflichtverletzung. Streichung der Leistungen für Wohn- und Heizkosten ist ebenso

möglich, da weiterhin vom gesamten Leistungsanspruch gekürzt wird.

Dass auch nach Änderung des SGB II einige Paragraphen verfassungswidrig sein dürften, ist zu vermuten. Ein Muster für eine Beschwerde, die von Betroffenen gern genutzt werden kann, ist unter www.sozialforumgoeltzschtal.de unter „Widerspruch und Klage“ zu finden bzw. via Telefon unter 03744 2290068 nachfragbar.

STADTPLAKETTE FÜR GESCHÄFTSFÜHRERIN DER ALI SACHSEN E.V.

Am Freitag, den 28. 10. ehrte die Stadt Plauen Konstanze Schumann, Geschäftsführerin der ALI Sachsen e.V., mit der Stadtplakette auf Vorschlag unserer Stadtratsfraktion. Sie erhielt diese Auszeichnung aufgrund ihres jahrelangen sozialen Engagement für die Plauener Tafel. Dass sich die Plauener Tafel zum Kompetenzzentrum etabliert hat, ist besonders Konstanze mit ihrem Team zu verdanken. Erst vor einigen Tagen feierte die Arbeitsloseninitiative ihr 25-jähriges Bestehen. Eigentlich in unserem reichen Land eher eine traurige Notwendigkeit, aber wichtige Instanz für Menschen, die auf soziale Unterstützung angewiesen sind. Mit ihrem unermüdlichen Einsatz und Ideen, schaffte es Konstanze Schumann mit ihren Mitarbeitern, nicht nur in Pausa zu einer festen Größe für Hilfesuchende zu werden, sondern auch in anderen vogtländischen Städten. Neben dem Kompetenzzentrum in Plauen gibt es mittlerweile 10 weitere Ausgabestellen im Vogtland. Wie wichtig diese Einrichtungen geworden sind, zeigen folgende Zahlen. Seit der Eröffnung wurden rund 8.000 Tonnen Lebensmittel gesammelt und verteilt, ca. 80.000 Kunden wurden gezählt. Im letzten Jahr waren es allein knapp 6.000. In der Kleiderkammer waren es 1.424 Kunden. Die Suppenküche in Plauen verteilt täglich ca. 60 Portionen. Auch Bildungsangebote und Beratungen finden regen Zulauf. Leider wird diese Einrichtung auch weiterhin benötigt. Aber die steigende Altersarmut, die Stagnation bei den Langzeitarbeitslosen, sowie die dazugekommenen Asylbewerber und Flüchtlinge machen dies notwendig. Für Konstanze Schumann und ihr Team bedeutet das neue Herausforderungen. Als Visionärin, die immer gute Ideen hat und weiß, wie man sie auch umsetzen kann, wird sie dies meistern.

Wir gratulieren ganz herzlich.

Kathrin Kosche

Petra Rank

GIBT ES EIGENTLICH NOCH EINE KREISTAGSFRAKTION DER LINKEN IM VOGTLAND?

Seit der letzten Kreistagswahl ist es still geworden um die DIE LINKEN im Kreistag. Wenn sich in den letzten Jahren die Kreistagsfraktion immer zu aktuellen politischen Themen zu Wort gemeldet hat, findet man auf der Internetseite die letzte Pressemitteilung der Fraktion vom März 2015, eine von insgesamt zwei Pressemitteilungen der LINKEN.

Der allgemein letzte Eintrag auf der Internetseite ist vom März 2016. Es könnte durchaus sein, dass nicht auf das moderne Medium Internet gesetzt wird, aber auch so ist die Fraktion nicht in der Öffentlichkeit wahrzunehmen. In der Presse war keine einzige Äußerung zu den Kürzungen im Haushalt

zu finden, nur der Kreisvorstand hatte sich zu den bevorstehenden Kürzungen geäußert.

Auch an der Basis kommen keine Informationen von der Kreistagsfraktion an. In diesen schwierigen politischen Zeiten, sollte die Kreistagsfraktion zeigen, dass sie die Themen der LINKEN im Kreistag vertritt, aber dies scheint nicht der Fall zu sein. Wo ist der Biss und der Kampfgeist hin. Es ist nur zu hoffen, dass irgendwann das Erwachen kommt, sonst werden wir die nächste Kreistagswahl himmelhoch verlieren.

Horst Meier

MEHR SOZIALSTAAT WAGEN, NICHT MEHR ÜBERWACHUNGSSTAAT

Schön mit dem Finger auf andere zeigen und von den eigenen Versäumnissen ablenken. Anders kann man das Verhalten des Herrn Landtagsabgeordneten in Regierungsverantwortung nicht deuten.

Seit Jahren streichen wechselnde CDU-geführte Landesregierungen Stellen im Polizeidienst. Dass gleichzeitig die Kriminalitätsrate steigt und die Aufklärung sinkt, wird ignoriert. Dass die Ursache für die Probleme in der Perspektivlosigkeit mancher Menschen liegt und durch fehlende Hilfsangebote die Probleme noch verschärft werden, scheint Herr Heidan auszublenken. Bevor man also der Kommune irgendwelche Versäumnisse vorwirft, sollte man sich mal an die eigene Nase packen.

Um das Sicherheitsgefühl der Menschen wieder zurückzuholen, sollte man beginnen, die Fehler der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte rückgängig zu machen und die Ursachen bekämpfen. Mehr Sozialstaat wagen und nicht mehr Überwachungsstaat.

Maik Schwarz

SOZIALFORUM Göltzschtal

Die Eingliederungsvereinbarung Vertrag zwischen Jobcenter und Hartz IV-Betroffenem

- **Rechtsgrundlagen des Vertrages**
- **Worauf sollte man achten?**
- **Besondere Probleme für Aufstocker**

Wir laden alle sozial engagierten und betroffenen Bürger für den 12. Dezember 2016 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in den Klubraum der Auerbacher AWG (08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32) zum Bürgerforum ein. Es informieren Mitglieder des Sozialforums Göltzschtal.

www.sozialforumgoeltzschtal.de

BÜRGER*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

22.11.2016: 11:00 – 13:00 Uhr
19.12.2016: 11:00 – 13:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV Beratung in den oben genannten Orten angeboten.

WIR KÖNNEN DOCH NICHT DIE GANZE WELT AUFNEHMEN!

51 000 000
Menschen sind weltweit auf der Flucht.



14%

86% der Flüchtlinge

leben in Entwicklungsländern

FOLGENDE LÄNDER HABEN 2013 DIE MEISTEN FLÜCHTLINGE AUFGENOMMEN

Pakistan: 1,6 Millionen
Iran: 857 400
Libanon: 856 500
Jordanien: 641 900
Türkei: 609 900
(vgl. Deutschland: 109 000)

OFFENER BRIEF DER VVN-BDA

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit großer Sorge verfolgen wir seit Monaten aktuelle Entwicklungen im Freistaat Sachsen. Als älteste antifaschistische Organisation - wir begehen 2017 den 70. Jahrestag der Gründung der VVN - fühlen wir uns in der Pflicht, über Ursachen und Folgen der Nazi-Ideologie und der Nazi-Diktatur aufzuklären und jeglichen Bestrebungen neonazistischer Umtriebe gemeinsam mit Bündnispartnern entgegen zu treten. Großen Raum nimmt dabei unsere Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit ein. Nicht immer erfahren wir dabei jedoch die notwendige Unterstützung.

„Genug ist genug!“, endete der Schriftverkehr seitens des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mit uns, den wir begannen, um eine Besichtigung der Gedenkstätte Bautzen mit anschließender Auswertung und Beratung unseres Landesvorstandes in der Gedenkstätte vorzubereiten.

Am 22.08.2016 baten wir den Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, uns am 15.09.2016 einen Rundgang zu ermöglichen und anschließend einen Raum zur Verfügung zu stellen. Darauf antwortete der Geschäftsführer am 28.08.2016, er sei gewillt uns entgegen zu kommen, forderte aber gleichzeitig, wir möchten Aussagen unserer Ersten Sprecherin vom Februar 2016 revidieren und behauptete, unser Vertreter im Stiftungsbeirat hätte Fehler unserer Verbandes in der Zusammenarbeit mit der Stiftung eingeräumt - was völlig aus der Luft gegriffen ist. Der von uns Beauftragte für die Vorbereitung der Sitzung suchte umgehend Beratung mit den Vorstandsmitgliedern, wurde aber schon drei Tage später, am 01.09.2016, im barschen Ton aufgefordert, „unverzüglich“ zu antworten, anderenfalls eine Landesvorstandssitzung der VVN-BdA Sachsen in der Gedenkstätte nicht genehmigt werden könne. „Ich hoffe, ich habe mich klar ausgedrückt. Genug ist Genug.“, endete die E-Mail. Am 02.09.2016 dann die endgültige Absage des stellvertretenden Geschäftsführers: „... unter den gegebenen Umständen ist die Durchführung Ihrer Vorstandssitzung in der Gedenkstätte Bautzen leider nicht möglich. Die in der ZEIT vom 11. Februar 2016 geäußerten ungerechtfertigten Vorwürfe - »Die Stiftung verschleppt die NS-Aufarbeitung in Bautzen genauso wie in Torgau. Wir werden nicht eingebunden,

kommen keinen Schritt weiter. Die NS-Opferverbände sind sich in ihrer Kritik an der Stiftungsleitung einig. Die Zeit vor 1945 wird nicht angemessen berücksichtigt, die Zeit nach 1945 dagegen einseitig betont.« - stehen dem entgegen und müssen zunächst ‚aus der Welt geschafft‘ werden.“

Diese Entscheidung des Geschäftsführers lässt ein problematisches Verständnis von Meinungsfreiheit erkennen: nur wenn wir auf Kritik verzichten, bekommen wir einen Raum. Mit dem gesetzlichen Auftrag, „für Menschenwürde, Freiheit, Recht und Toleranz einzutreten und Gefährdungen dieser Grundwerte und der Demokratie wirkungsvoll zu begegnen“ (SächsGedenkStG), ist dies nicht vereinbar.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir sind empört über die Verhaltens- und Arbeitsweise des Geschäftsführers der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Schon mehrmals wurde der Stil des Herrn Geschäftsführers öffentlich kritisiert. Auch Gespräche bei der Frau Minister Stange und Interventionen im Stiftungsrat und im Beirat blieben folgenlos. Nunmehr bitten wir Sie darauf einzuwirken, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten dem nachkommt, was das Sächsische Gedenkstätten-Stiftungsgesetz für die Arbeit der Stiftung in der Präambel klar formuliert: „Dafür ist die Mitwirkung der Opfer sowie von bürgerschaftlichen Initiativen zur historischen Aufarbeitung von außerordentlicher Bedeutung.“ Dies scheint dem Geschäftsführer der Stiftung nicht klar zu sein.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bemühen uns seit Jahren um eine gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, erleben dabei aber immer wieder Missachtung und Behinderung. Sollten nun schon die minimalsten Anforderungen eines respektvollen Umgangs und der vom Gesetz geforderten Wertschätzung nicht mehr gegeben sein, stellt sich für uns erneut die Frage, ob durch den Geschäftsführer unsere Mitarbeit noch gewünscht ist.

Mit freundlichen Grüßen

Regina Elsner

Erste Sprecherin VVN-BdA Sachsen e.V

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld

Mitglied im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

R. Schmidt	Plauen	16.11.
E. Peipp	Pausa-Mühltruff	16.11.
H. Fischer	Oelsnitz	18.11.
L. Wöllner	Reichenbach	19.11.
H. Kunzmann	Oelsnitz	19.11.
D. Wolff	Auerbach	24.11.
E. Frickel	Auerbach	27.11.
M. Döhn	Auerbach	01.12.
H. Golle	Reichenbach	03.12.
R. Hummel	Ellefeld	06.12.
N. Adler	Plauen	06.12.
R. E. Lieber	Oelsnitz	09.12.
H. Trillitzsch	Oelsnitz	15.12.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

„Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwieriger.“

Kurt Tucholsky (1890 - 1935)

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.10.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.11.2016. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.